

**Antrag 02/II/2022****Landesvorstand / Fassung Antragskommission****Der Landesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Annahme (Konsens)****Wir bringen Berlin gut und solidarisch durch die Krise****1. Berlin packt das**

2 Viele Berlinerinnen und Berliner sind in Sorge, die stark ge-  
3 stiegenen Lebenshaltungskosten in diesem Winter nicht  
4 mehr zahlen zu können. Vor allem die Preise für Energie  
5 und Lebensmittel haben sich massiv verteuert. Wir wer-  
6 den alles dafür tun, um Berlin gut durch diese Zeit zu brin-  
7 gen – niemand wird allein gelassen, wir bleiben beieinan-  
8 der!

9  
10 Der Auslöser für die Preiskrise ist Russlands Krieg ge-  
11 gen die Ukraine und damit verbundene Spekulationen  
12 auf verschiedenen Märkten. Wir verurteilen den völker-  
13 rechtswidrigen Angriffskrieg Russlands gegen die Ukrai-  
14 ne. Unsere uneingeschränkte Solidarität gilt der souve-  
15 ränen Ukraine und den Menschen in und aus der Ukrai-  
16 ne. Dieser gravierende Bruch mit der internationalen Frie-  
17 densordnung ist durch Nichts zu rechtfertigen. Die globa-  
18 len Auswirkungen insbesondere im globalen Süden sehen  
19 wir mit größter Sorge und werden daher bei der Bewälti-  
20 gung der Krise immer auch diese Perspektive mitdenken  
21 und fordern dies national und europäisch ein.

22  
23 Die hohen Preise für Energie, Lebensmittel und viele wei-  
24 tere Waren des täglichen Bedarfs treffen vor allem Haus-  
25 halte mit geringem und mittlerem Einkommen hart. Be-  
26 sonders betroffen sind Alleinerziehende, Auszubildende  
27 und Studierende, Empfänger\*innen von Sozialleistungen,  
28 obdachlose Menschen, Rentner\*innen, Frauen mit gerin-  
29 gem Einkommen, Familien mit Kindern und Menschen  
30 mit Behinderungen und chronischer Erkrankungen. Hin-  
31 zu kommt, dass viele noch immer unter den Folgen der  
32 Corona-Pandemie leiden. Zu den Folgen der Pandemie  
33 zählt, dass deutlich mehr Mütter als Väter ihre wöchent-  
34 liche Arbeitszeit reduziert haben, um die häusliche Care-  
35 Arbeit zu übernehmen und Betreuungsgpässe durch  
36 Kita- und Schulschließungen aufzufangen. Wir widerset-  
37 zen uns der Re-Traditionalisierung der Geschlechterrollen.  
38 Wir setzen uns energisch für eine bessere Vereinbarkeit  
39 von Familie und Beruf und flexiblere Arbeitszeitmodelle  
40 ein.

41  
42 Die Angst vor Verarmung reicht bis weit in die Mittel-  
43 schicht. Armut ist ein schleichender, zermürender Pro-  
44 zess. Armut führt zu Einsamkeit, zu Momenten der Verle-  
45 genheit. Armut grenzt aus, Armut macht krank. Im Bund  
46 und im Land sind Maßnahmen notwendig, die Menschen  
47 mit niedrigen und mittleren Einkommen erreichen und ih-  
48 nen soziale und ökonomische Sicherheit geben.

49  
50 Menschen mit geringem Einkommen haben oft keine  
51 Rücklagen und auch kein weiteres Einsparpotenzial in ih-  
52 rem Budget. Und die individuellen Energiesparmöglich-  
53 keiten von Mieter\*innen sind begrenzt. Sie sind aber von  
54 steigenden Energiepreisen überproportional betroffen.

55  
56 Die hohe einseitige Abhängigkeit Deutschlands von Ener-  
57 gielieferungen aus Russland hat sich als strategischer Feh-  
58 ler der vergangenen Jahrzehnte herausgestellt und führt  
59 dazu, dass wir die Folgen heute zu spüren bekommen:  
60 Russland setzt seine Energielieferungen als Druckmittel  
61 ein. Die Preise steigen unter anderem infolge des durch  
62 Russland verknappten Angebots und unsere Versorgungs-  
63 sicherheit ist gefährdet. Wir müssen uns aus der Abhän-  
64 gigkeit von russischem Erdgas schnellstmöglich befreien  
65 und unsere Energieversorgung noch zügiger klima- und  
66 sozialgerecht umbauen.

67  
68 Die hohen Energiepreise wirken sich auch negativ auf ei-  
69 nen Großteil unserer Wirtschaft aus, die zusätzlich noch  
70 immer unter den Folgen der Corona-Pandemie leidet. Ei-  
71 nige Branchen sind besonders betroffen, wie zum Beispiel  
72 das Baugewerbe, der lokale Einzelhandel, Bäckereien, Wä-  
73 schereien, Fleischereien oder die fertigende Industrie. Zur  
74 Wahrheit gehört aber auch: Manche Unternehmen ma-  
75 chen krisenbedingt überhöhte Gewinne, profitieren von  
76 den gestiegenen Preisen oder nutzen die Krise für Preis-  
77 erhöhungen aus.

78  
79 In dieser Lage gilt es, solidarisch zusammenzustehen! Ge-  
80 meinsam schaffen wir es in Berlin, diese Krise zu bewäl-  
81 tigen. Wir lassen niemanden im Stich. Bereits im Som-  
82 mer haben wir weitere Entlastungen gefordert und da-  
83 bei deutlich gemacht, dass das Land Berlin bereit ist, sei-  
84 nen Anteil zu leisten. Und wir haben uns konkret für eine  
85 Anschlusslösung für das Neun-Euro-Ticket stark gemacht.  
86 Beides hat ganz wesentlich dazu beigetragen, dass nach  
87 dem Sommer auf Bundesebene weitere Entlastungen dis-  
88 kutiert und beschlossen wurden.

89  
90 Wir sorgen weiterhin dafür, dass alle, die Hilfe benötigen,  
91 die notwendige Unterstützung erhalten und soziale Här-  
92 ten abgefedert werden – im Bund, hier im Land Berlin und  
93 vor Ort in den Bezirken. Das Leben muss leistbar bleiben  
94 und die gesellschaftliche Teilhabe aller ermöglicht wer-  
95 den. Wir unterstützen unsere Unternehmen und Betriebe,  
96 um die Arbeitsplätze zu erhalten. Berlin packt das!

97  
98 **2. Wir wollen, dass alle gut und dauerhaft durch die Krise**  
99 **kommen**

100 Wir wollen in dieser Zeit all diejenigen Menschen errei-  
101 chen, die jetzt Unterstützung brauchen – niemand darf

102 vergessen werden. Die gestiegenen Preise werden auf ab-  
103 sehbare Zeit hoch bleiben. Die Menschen müssen also  
104 dauerhaft mehr Geld im Portemonnaie haben, um die  
105 dauerhaft höheren Kosten tragen zu können. Die Erhö-  
106 hung des bundesweiten gesetzlichen Mindestlohns auf  
107 12 Euro ist ein wichtiger Schritt – bei weiterhin schnell  
108 steigenden Preisen müssen aber weitere Erhöhungen fol-  
109 gen. Den Berliner Landesmindestlohn haben wir in die-  
110 sem Jahr bereits auf 13 Euro erhöht. Die Erhöhung des Ver-  
111 gabemindeststundenentgelts auf 13 Euro wird folgen. Da-  
112 her unterstützen wir die Forderungen der Gewerkschaf-  
113 ten nach substanziellen Lohnerhöhungen über das Infla-  
114 tionsniveau, um dem Reallohnverlust entgegen zu tre-  
115 ten und stehen solidarisch mit den Beschäftigten im Ar-  
116 beitskampf. Lohnerhöhungen sind gerade in den unte-  
117 ren und mittleren Einkommensgruppen dringend erfor-  
118 derlich. Auch die neue EU-Richtlinie für angemessene  
119 Mindestlöhne unterstützt diesen Aufwärtstrend. Sozial-  
120 leistungen und Transferzahlungen müssen schnellstmög-  
121 lich an die gestiegenen Preise angepasst, Armut bekämpft  
122 und Verarmung verhindert werden. Diejenigen, die sowie-  
123 so schon über besonders wenig Geld verfügen, müssen  
124 deshalb weiter gezielt entlastet werden. Der Staat profi-  
125 tiert von den steigenden Preisen durch höhere Steuerein-  
126 nahmen – finanzielle Mittel müssen für weitere Entlas-  
127 tungen verwendet werden.

128

129 Obdachlose Menschen sind oft diejenigen, die Krisen am  
130 härtesten treffen. Sie profitieren weniger als andere Men-  
131 schen von den vielen Entlastungsmaßnahmen der Bun-  
132 desregierung oder des Berliner Senats. Gleichzeitig spü-  
133 ren sie die Folgen stärker: Weniger Spenden und teurere  
134 Lebensmittelpreise.

135

136 Mit dem Netzwerk der Wärme schaffen wir zusätzliche  
137 Anlauforte für diesen Winter.

138

139 In Berlin haben wir als SPD bereits seit längeren Ent-  
140 lastungen für Familien mit kleinen und mittleren Ein-  
141 kommen durchgesetzt, zum Beispiel mit dem kostenlo-  
142 sen Schülerticket, gebührenfreien Kitas, gebührenfreiem  
143 Schulhort, kostenlosem Mittagessen oder der Lernmittel-  
144 freiheit. Diese soziale Politik werden wir fortsetzen, damit  
145 das Leben in Berlin bezahlbar bleibt. Wir setzen uns lang-  
146 fristig dafür ein, die Hortgebührenfreiheit auf alle Grund-  
147 schulklassen auszuweiten und Lernmittelfreiheit und kos-  
148 tenbeteiligungsfreies Mittagessen auch für die Sekundar-  
149 stufen verfügbar machen. Das kostenlose Schüler\*innen-  
150 ticket für den ÖPNV soll auch für Schüler\*innen des zwei-  
151 ten Bildungsweges gelten.

152

153 Wir setzen uns aktiv auch für die Entlastung der Pflege-  
154 bedürftigen und ihrer Angehörigen ein. Erheblich belastet

155 sind auch Menschen mit Beeinträchtigungen und chro-  
156 nisch Erkrankte. Diese sind nicht in der Lage, selbst Ener-  
157 gieeinsparungen vorzunehmen oder Rücklagen für diese  
158 Zusatzkosten einzubringen, da sie schon jetzt durch er-  
159 hebliche Zuzahlungen zu den Kosten ihrer Pflege belastet  
160 sind.

161

162 Auch viele Unternehmen sind jetzt auf Unterstützung an-  
163 gewiesen. Ihre Versorgung mit Energie und Rohstoffen  
164 muss gesichert bleiben. Wir müssen verhindern, dass Ar-  
165 beitsplätze verloren gehen und Investitionen ausbleiben.  
166 Deshalb braucht es zielgenaue Stabilisierungsprogramme  
167 für Betriebe in Form von schnell verfügbaren Darlehen  
168 und Zuschüssen des Bundes, die durch Maßnahmen des  
169 Landes ergänzt werden. Weiterhin müssen krisenerprobte  
170 arbeitsmarktpolitische Instrumente wie zum Beispiel das  
171 Kurzarbeitergeld verlängert werden.

172

173 Diese Krise können wir nur solidarisch und nur gemein-  
174 sam bewältigen. Das heißt auch: Die Belastungen von  
175 Bund, Ländern, Unternehmen und der Bevölkerung müs-  
176 sen gerecht auf viele Schultern verteilt werden. Und starke  
177 Schultern müssen mehr tragen. Deshalb müssen Überge-  
178 winne abgeschöpft werden und deshalb werden wir uns  
179 im Bund weiterhin für die Erhebung einer verfassungs-  
180 konformen Vermögenssteuer sowie einer einmaligen Ver-  
181 mögensabgabe auf besonders hohe Privatvermögen, eine  
182 Erhöhung der Erbschaftssteuer sowie die Einführung ei-  
183 ner Finanztransaktionssteuer und der von der OECD vor-  
184 geschlagenen globalen Mindeststeuer für Großunterneh-  
185 men einsetzen. Die Idee eines Energie-Solis soll geprüft  
186 werden.

187

188 Die angespannte Lage bei unserer Energieversorgung und  
189 unsere Abhängigkeit von Russland machen deutlich: Wir  
190 müssen Energie einsparen, energieeffizienter werden und  
191 unsere Energieversorgung noch viel schneller klimage-  
192 recht umbauen. Damit erhöhen wir auch unsere Versor-  
193 gungssicherheit. Beim notwendigen massiven Ausbau der  
194 erneuerbaren Energien müssen auch die unionsregier-  
195 ten Bundesländer endlich ihrer aktuellen Verantwortung  
196 nachkommen und den Ausbau schneller vorantreiben.

197

198 Für uns ist klar: In der Krise spart man nicht! Im Zuge der  
199 Krise fordern wir eine weitere Aussetzung der Schulden-  
200bremse im Jahr 2023 und bekräftigen unsere Beschlussla-  
201 ge, sie abzuschaffen. Im Land Berlin werden wir bei un-  
202 serer Haushaltspolitik weiterhin einen Schwerpunkt auf  
203 Investitionen in die Zukunft Berlins setzen. Entlastungen  
204 dürfen nicht gegen Investitionen ausgespielt werden. Wir  
205 investieren in Berlin in bezahlbaren Wohnraum, in Bil-  
206 dung, in eine moderne Infrastruktur, in klimagerechte Mo-  
207 bilität und in Energieeffizienzmaßnahmen. Wir werden

208 den Neustart der Berliner Wirtschaft für gute Arbeitsplät-  
209 ze weiter vorantreiben.

210

211 **3. „You’ll never walk alone“ – Niemand wird allein gelas-**  
212 **sen!**

213 Die sozialdemokratisch geführte Bundesregierung mit  
214 Bundeskanzler Olaf Scholz hat auf die Krise mit inzwi-  
215 schen drei Entlastungspaketen schnell und entschlossen  
216 reagiert. Viele Maßnahmen waren und sind eine echte  
217 Unterstützung für die Bürger\*innen und die Unterneh-  
218 men.

219

220 Mit den Einmalzahlungen wie der Energiepreispauscha-  
221 le oder dem Heizkostenzuschuss wurde schnell gehol-  
222 fen. Auf berechnete Kritik, wie beispielsweise darauf, dass  
223 Rentner\*innen bei der einmaligen Energiepreispauscha-  
224 le ausgenommen waren, wurde mit dem dritten Entlas-  
225 tungspaket reagiert. Mit Entlastungen bei der Einkom-  
226 menssteuer, Abgaben-Entlastungen für niedrige Einkom-  
227 men, der Kindergelderhöhung, der vereinbarten Auswei-  
228 tung des Wohngelds oder dem Bürgergeld werden viele  
229 Menschen dauerhaft mehr Geld zur Verfügung haben. Wir  
230 werden uns im Bundesrat und über unsere Berliner Vertre-  
231 ter\*innen in der Regierungskoalition dafür einsetzen, dass  
232 die Entlastungen nicht durch neue Belastungen aufgehoben  
233 werden werden.

234

235 Die Bundesregierung hat mit der Mehrwertsteuersen-  
236 kung auf Gas schnell eine preiswirksame Maßnahme  
237 ergriffen, um Gaspreissteigerungen abzufedern – die-  
238 se Steuersenkung muss nun vollständig an die Verbrau-  
239 cher\*innen weitergegeben werden.

240

241 Auch im Land Berlin hat die SPD-geführte Koalition schnell  
242 auf die Kriegsfolgen und die Preiskrise reagiert. Bei der  
243 Aufstellung des Doppelhaushalts haben wir bereits mit  
244 der Energiekostenrücklage in einem Krisenfonds mit ins-  
245 gesamt 380 Mio. Euro für steigende Energiekosten vorge-  
246 sorgt.

247

248 Berlin leistet humanitäre Hilfe für die Ukraine. Seit Beginn  
249 des Krieges sind über 330.000 geflüchtete Menschen aus  
250 der Ukraine in Berlin erstversorgt worden. Viele von ihnen  
251 leben seitdem in unserer Stadt. Auch und insbesondere in  
252 Krisenzeiten muss Berlin für sie und andere geflüchtete  
253 Menschen ein sicherer Zufluchtsort bleiben.

254

255 In Berlin unterstützen wir gezielt und ergänzen die auf  
256 Bundesebene vereinbarten Maßnahmen mit dem Berliner  
257 Entlastungspaket. Wir fordern den Senat auf, schnellst-  
258 möglich einen Nachtragshaushalt in Höhe von bis zu 1,5  
259 Milliarden Euro für die Bewältigung der Krise vorzulegen,  
260 um als Land Berlin handlungsfähig zu bleiben. Das Land

261 Berlin wird sich im Bundesrat dafür einsetzen, dass die  
262 in Bund und Ländern angestrebten Kosten der Entlastung  
263 gerecht verteilt werden.

264

265 Mit dem 29-Euro-Ticket als Überbrückungsangebot zum  
266 bundesweiten Anschlussticket für das 9-Euro-Ticket ent-  
267 lasten wir die Berliner\*innen ganz konkret von Oktober  
268 bis Dezember und ermöglichen in ganz Berlin eine kos-  
269 tengünstige und klimafreundliche Mobilität. Wir setzen  
270 uns für die Fortsetzung des Berliner 29-Euro-Tickets über  
271 den März 2023 hinaus ein. Ein Härtefallfonds soll bei aku-  
272 ten Fällen von Energieschulden helfen. Wir wollen ins-  
273 besondere private Haushalte mit niedrigem und middle-  
274 rem Einkommen entlasten, um die gestiegenen Energie-  
275 kosten abzufedern. Dies soll mit einem Energiekostenzu-  
276 schuss oder einem Stromrabatt ermöglicht werden. Jede\*r  
277 soll durch den Winter kommen, ohne hungrig im Dunklen  
278 oder Kalten zu sitzen. Niemand soll in Berlin Angst haben  
279 müssen, sich die Wohnung, Strom und Gas oder den Le-  
280 bensunterhalt nicht mehr leisten zu können. Wir begrü-  
281 ßen, dass der Berliner Senat ein Kündigungsmoratorium  
282 bei den landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften um-  
283 gesetzt hat, und fordern den Senat auf, sich auf Bundes-  
284 ebene dafür einzusetzen, dass ein generelles Kündigungs-  
285 moratorium für Mieter\*innen erreicht wird.

286

287 Der SPD-geführte Senat setzt sich dafür ein, den Unter-  
288 nehmen in Berlin in der Krise zu helfen, um so die Ar-  
289 beitsplätze und die Wirtschaftskraft zu erhalten. Genau-  
290 so wichtig ist für uns, die soziale Infrastruktur, soziale  
291 Einrichtungen und Träger zu unterstützen, damit sie ihre  
292 Angebote aufrechterhalten können: Keine soziale Einrich-  
293 tung darf aufgrund der Energiepreise geschlossen wer-  
294 den. Nicht zuletzt geht es in der Berliner Landespolitik und  
295 in den Bezirken auch darum, dass die beschlossenen Maß-  
296 nahmen zügig umgesetzt werden und die Unterstützung  
297 bei den Menschen ankommt.

298

299 Auch Bildungseinrichtungen müssen vor steigenden En-  
300 ergiepreisen geschützt werden. Die Hochschulen müssen  
301 als Raum für Studierende offen bleiben. Wir dürfen nicht  
302 zulassen, dass eine weitere Krise auf dem Rücken von Stu-  
303 dierenden ausgetragen wird. Auch dafür wollen wir mit  
304 unserem Berliner Entlastungspaket Sorge tragen.

305

306 **4. Wir führen Berlin durch die Krise und unterstützen ge-**  
307 **zielt**

308 a) Energieversorgung, Energiepreise und Energieein-  
309 sparungen

310 Schon lange ist uns klar: Um die weltweite Klimaerwär-  
311 mung zu bremsen, müssen wir aus der fossilen Energie-  
312 nutzung aussteigen. Die Lehre aus der aktuellen Ener-  
313 giekrise ist, dass wir unsere Energieversorgung schnellst-

314 möglich und grundlegend umbauen und unseren Ver-  
315 brauch an fossiler Energie reduzieren müssen, um eine  
316 Energiemangellage zu vermeiden. Wir müssen insgesamt  
317 weniger verbrauchen. Das spart Geld, das schont die Res-  
318 sourcen und das schützt das Klima.

319

320 Mit dem **Energiespar-Paket** des Landes Berlin hat der Se-  
321 nat zehn konkrete Maßnahmen beschlossen, um im öf-  
322 fentlichen Sektor mindestens zehn Prozent an Energie ein-  
323 zusparen und diese Einsparungen auch über März 2023  
324 hinaus grundsätzlich zu verstetigen. Damit nimmt Ber-  
325 lin in Deutschland eine Vorreiterrolle ein. Wir empfehlen  
326 Berliner Unternehmen, Einrichtungen und Privathaushal-  
327 ten diesem Beispiel so weit wie möglich zu folgen. Mit  
328 der Charta „Wirtschaft spart Energie“ hat sich die Berli-  
329 ner Wirtschaft bereits selbst dazu verpflichtet, mindes-  
330 tens 10 Prozent Energie einzusparen. Auch in Privathaus-  
331 halten kann oft noch mit einfachen Maßnahmen viel En-  
332 ergie eingespart werden. Hilfe beim Energieeinsparen gibt  
333 es u.a. bei der Energieberatung der Verbraucherzentrale  
334 Berlin.

335

336 Uns ist aber auch bewusst, dass viele Haushalte mit nied-  
337 rigem Einkommen bereits vor der aktuellen Krise alle Ein-  
338 sparpotenziale genutzt haben – diese Haushalte haben  
339 nun keine Spielräume mehr für weitere Einsparungen und  
340 benötigen deshalb Hilfe und Unterstützung. Der **Berliner**  
341 **Härtefallfonds** soll bei akuten Fällen schnell und unbüro-  
342 kratisch helfen, damit in diesem Winter niemandem der  
343 Strom oder die Heizung abgestellt wird.

344

345 Auf den **Energiemärkten** müssen Mitnahmeeffekte ver-  
346 hindert werden. Auf dem Strommarkt muss auf EU-Ebene  
347 durch eine Änderung des Strommarktdesigns das Merit-  
348 Order-Prinzip überarbeitet werden, damit von den Preis-  
349 steigerungen wenig betroffene Produzenten ihren Strom  
350 nicht zu überhöhten Preisen verkaufen können. Die im  
351 September von der EU-Kommission vorgeschlagenen Not-  
352 fallmaßnahmen zur Deckelung der Strompreise und zur  
353 Umverteilung der Gewinnüberschüsse gehen in die rich-  
354 tige Richtung.

355

356 Die **Strompreisbremse** und die **Gaspreisbremse** für den  
357 Basisverbrauch, die auf Bundesebene vorgesehen sind,  
358 müssen in dieser Heizperiode (2022/23) bei den Bürger\*in-  
359 nen ankommen. Um dies zu finanzieren, muss die Schul-  
360 denbremse ausgesetzt werden. Wir fordern vom Bund er-  
361 gänzend zu den bisher beschlossenen Maßnahmen die  
362 Einführung eines **Energiepreisdeckels** auf den Grundver-  
363 brauch für die **Fernwärme**.

364

365 Wir bauen unsere **Energieversorgung klimagerecht** um.  
366 Berlin muss deutlich konsequenter die Erzeugung von er-

367 neuerbaren Energien vorantreiben. Mit dem Berliner So-  
368 largesetz und dem **Berliner Klimaschutz- und Energie-**  
369 **wendegesetz** wurde für die Nutzung der Solarenergie der  
370 richtige Weg eingeschlagen. Dies muss genauso konse-  
371 quent und kurzfristig für den Ausbau der Windenergie,  
372 der Geothermie und dem Einsatz von Abwärme gelten.  
373 Hier hat die Stadt einen sehr hohen Nachholbedarf. Es  
374 ist kurzfristig zu prüfen, ob aus dem Berliner Hausmüll  
375 (inkl. Geschäftsmüll) hergestellte Ersatzbrennstoffe für  
376 die Erzeugung der Berliner Fernwärme (in Kraft-Wärme-  
377 Kopplung) sinnvoll genutzt werden können. Darüber hin-  
378 aus hat der Berliner Senat die von der Berliner SPD erar-  
379 beitete **Wasserstoff-Strategie** voranzubringen, damit sie  
380 baldmöglichst mit Brandenburg gemeinsam, in Umset-  
381 zung kommt.

382

383 Die **Fernwärme** ist ein wichtiger Baustein bei der not-  
384 wendigen Wärmewende. Wir streben – wie im Koaliti-  
385 onsvertrag vereinbart – Schritte zur Rekommunalisierung  
386 des Fernwärmenetzes mit dem Ziel einer beschleunigten  
387 Dekarbonisierung der Fernwärme an und begrüßen, dass  
388 der Senat eine Übernahme des Berliner Fernwärmenetzes  
389 prüft.

390

391 Wir wollen den öffentlichen Einfluss auf die Berliner En-  
392 ergieversorgung bestimmend ausweiten. Energieversor-  
393 gung ist öffentliche Daseinsvorsorge und darf nicht al-  
394 lein von Profitinteresse gesteuert sein. Dem entspricht der  
395 Vorschlag der Berliner SPD-Fraktion, über eine Unterneh-  
396 mensbeteiligung des Landes Berlin eine Mehrheit bei der  
397 Fernwärmeversorgung und an der GASAG zu erwerben,  
398 der von uns vollumfänglich unterstützt wird.

399

400 Die SPD hat sich im Bund maßgeblich dafür eingesetzt,  
401 das **Mieterstrommodell** zu entbürokratisieren und at-  
402 traktiver zu machen. Bürger\*innengenossenschaften zur  
403 Erzeugung regenerativer Energie sind verstärkt zu för-  
404 dern. Wir fordern den Berliner Senat dazu auf, sich auf  
405 Bundesebene für weitere Verbesserungen und Vereinfachungen  
406 dezentraler Erneuerbarer Energieerzeugung und  
407 -versorgung einzusetzen. Wir fordern die Bundesregie-  
408 rung auf, sofort die im Koalitionsvertrag vereinbarte Bio-  
409 gasstrategie umzusetzen, denn **Biogas** bietet eine große  
410 Chance, russisches Gas und auch andere fossile Gasimport-  
411 te zu ersetzen. Die Biomassenutzung der BSR kann dafür  
412 Vorbild sein.

413

414 Gebäude verursachen 44 Prozent der CO<sub>2</sub> -Emissionen,  
415 mit Sanierungen lässt sich der Wärmeverbrauch und  
416 damit Heizkosten senken. Wir setzen in Berlin einen  
417 deutlichen Schwerpunkt bei der sozialverträglichen  
418 **energetischen Sanierung** insbesondere der energe-  
419 tisch schlechtesten Bestandswohngebäude, die die



420 höchsten Heizkosten verursachen und die die größ-  
421 ten CO2-Einsparpotenziale versprechen und werden  
422 die Investitionen fortführen. Berlin wird unter unserer  
423 Führung schnell Pilotprojekte zur seriellen Sanierung  
424 anstoßen. Wir setzen uns dafür ein, dass mit der Woh-  
425 nungswirtschaft und den Mietervereinen ein Berliner  
426 Gebäudesanierungsprogramm ins Leben gerufen wird,  
427 welches auch die Barrierefreiheit stärkt.

428

#### 429 **b) Entlastungen und Unterstützung**

430 Die gestiegenen Preise machen weiterhin Entlastungen  
431 und Unterstützung nötig. Wenn die hohen Preise weiter-  
432 hin viele Menschen mit niedrigem und mittlerem Einkom-  
433 men überfordern, müssen kurzfristig weitere gestaffelte  
434 Einmalzahlungen an besonders betroffene Personengrup-  
435 pen gezahlt werden.

436

437 In Berlin werden wir den Entlastungsbetrag in Höhe von  
438 300 Euro auch für die Pensionär\*innen des Landes und  
439 der Körperschaften öffentlichen Rechts zahlen, um sie den  
440 Rentner\*innen gleichzustellen.

441

442 Das **Neun-Euro-Ticket** war ein großer Erfolg. Damit wur-  
443 de für eine kurzfristige finanzielle Entlastung gesorgt. Die  
444 Zeit von Oktober bis Dezember 2022 überbrücken wir  
445 in Berlin mit dem von der SPD durchgesetzten 29-Euro-  
446 Monatsabo für die Tarifzonen Berlin AB als rollierendes  
447 Abonnement und sorgen so für eine kostengünstige und  
448 klimafreundliche Mobilität. Wir begrüßen die Verständi-  
449 gung auf ein einheitliches, bundesweit gültiges **49-Euro-**  
450 **Ticket**. Es ermöglicht mehr Menschen Mobilität und bringt  
451 für viele eine deutliche Entlastung. Wir möchten zusätz-  
452 lich das Berliner **29-Euro-Abo** auch nach März 2023 fort-  
453 führen, damit die Nutzung von Bus und Bahn in Berlin  
454 nicht mehr als einen Euro pro Tag kostet. Auch die Preisre-  
455 duzierung des **Sozialtickets auf 9 Euro pro Monat** möch-  
456 ten wir über den März 2023 hinaus verlängern. Wir for-  
457 dern den Senat auf, eine Lösung für günstige Mobilität für  
458 Azubis, Studierende und Senior\*innen zu finden, zu fin-  
459 den, soweit diese nicht Anspruch auf das Sozialticket ha-  
460 ben könnten.

461

462 Die hohen **Lebensmittelpreise** bedeuten insbesondere für  
463 Menschen mit geringem Einkommen, dass sie Schwierig-  
464 keiten haben, sich gesund zu ernähren und ihren täglich-  
465 chen Bedarf zu decken. Eine gesunde Ernährung muss für  
466 alle erschwinglich und zugänglich sein. Wir fordern eine  
467 zumindest befristete Absenkung der Mehrwertsteuer auf  
468 Grundnahrungsmittel. Die vergangene temporäre Mehr-  
469 wertsteuersenkung wurde zum größten Teil an die Ver-  
470 braucher\*innen weitergegeben. Damit würden vor allem  
471 ärmere Haushalte entlastet, da sie einen höheren Anteil  
472 ihres Einkommens für Lebensmittel ausgeben. Außerdem

473 fordern wir eine steuerrechtliche Änderung, damit der  
474 Lebensmitteleinzelhandel gespendete Lebensmittel nicht  
475 mehr versteuern muss. Damit würde ein Anreiz gesetzt,  
476 mehr Lebensmittel zum Beispiel an die Tafeln zu spen-  
477 den, anstatt sie wegzuwerfen. Wir fordern die Bundesre-  
478 gierung auf, eine Verpflichtung des Handels zu prüfen, Le-  
479 bensmittel, die nur das Mindesthaltbarkeitsdatum über-  
480 schritten haben, an Hilfsstationen und Lebensmittelaus-  
481 gabestellen weiterzugeben.

482

483 Berlin muss für die Berliner\*innen bezahlbar bleiben. Des-  
484 halb haben wir bereits in den vergangenen Wahlperioden  
485 umfangreiche Entlastungen durchgesetzt: Die gebühren-  
486 freie Hortbetreuung in den ersten beiden Schuljahren, die  
487 weitgehende Lernmittelfreiheit und das kostenfreie Schu-  
488 lessen. Diesen erfolgreichen sozialdemokratischen Weg  
489 wollen wir fortsetzen. Wir möchten Familien auch ohne  
490 Anspruch auf Leistungen aus dem Bildungs- und Teilha-  
491 bepakete bei hohen Kostenpunkten unterstützen. Die ge-  
492 stiegenen Preise werden langfristig hoch bleiben, deshalb  
493 brauchen Familien mit Kindern eine zusätzliche dauerhaf-  
494 te Entlastung. Deshalb fordern wir den Senat auf, weitere  
495 Schritte in diesen Bereichen zu prüfen. Dazu gehören auch  
496 Entlastungen im Bereich der Daseinsvorsorge.

497

498 Wir setzen uns im Bund dafür ein, die Höhe von Trans-  
499 ferleistungen regelmäßig und in kürzeren Abständen zu  
500 überprüfen und an die Preisentwicklung anzupassen. Ins-  
501 besondere die Leistungen für Kinder müssen deutlich er-  
502 höht und zielgenauer eingesetzt werden, um Kinderarmut  
503 zu vermeiden. Wir erneuern unsere Forderung nach einer  
504 Kindergrundsicherung.

505

506 Um **Studierende** von den Preissteigerungen zu entlasten,  
507 ist eine weitere kurzfristige BAföG-Anpassung nötig. Wir  
508 fordern eine Erhöhung und regelmäßige automatische  
509 Fortschreibung der BAföG-Sätze sowie eine weitere Aus-  
510 weitung des Anspruchsberechtigtenkreises durch eine Er-  
511 höhung der Freibeträge.

512

### 513 **c) Soziale Infrastruktur erhalten, Teilhabe sichern**

514 Die gestiegenen Kosten belasten auch die soziale Infra-  
515 struktur und die **sozialen Einrichtungen unserer Stadt**. Zu-  
516 dem geht das Spendenaufkommen der Bevölkerung zu-  
517 rück. Viele sozialen Träger kommen so in wirtschaftliche  
518 Schwierigkeiten, ihre Angebote sind aber gerade in der  
519 jetzigen Lage für viele dringend notwendig. So stellen  
520 die hohen Lebensmittel- und Energiepreise beispielsweise  
521 Kita- und Schulküchen und Mensen vor große Proble-  
522 me. Wir werden alles dafür tun, soziale Einrichtung in ih-  
523 rer Arbeit zu unterstützen. Gleiches gilt für Zuwendungs-  
524 empfangende. Wir fordern den Senat auf, soziale Träger  
525 durch eine Einmalzahlung zu unterstützen. Auch Verei-

526 ne und Verbände müssen bei Zahlungsschwierigkeiten  
527 aufgrund von Energiekostensteigerungen finanziell un-  
528 terstützt werden.

529

530 Die Schulbauoffensive braucht jetzt mehr Power. Wir wer-  
531 den sie ausweiten und beschleunigen. Dazu sollen die  
532 Mittel deutlich aufgestockt werden und mit der landesei-  
533 genen berlinovo eine Kooperation zum Schulneubau und  
534 zur -Sanierung abgeschlossen werden nach dem Vorbild  
535 der Zusammenarbeit mit der landeseigenen HOWOGE.

536

537 Die psychologischen Beratungskapazitäten, insbesondere  
538 auch für Kinder und Jugendliche müssen in der Stadt aus-  
539 gebaut werden, da die Nachfrage danach immer mehr zu-  
540 nimmt.

541

542 Für **obdachlose Menschen** wollen wir mehr 24/7 Einrich-  
543 tungen ermöglichen. Neben der niedrighschwelligen Kälte-  
544 hilfe, die einen Schlafplatz ermöglicht, werden auch tags-  
545 über warme Aufenthaltsmöglichkeiten mit der Möglich-  
546 keit der Essensversorgung benötigt. Beratungs- und Hil-  
547 feangebote müssen deutlich ausgebaut werden und ein-  
548 facher zugänglich sein. Dazu gehört der Ausbau der In-  
549 formationsstreuung über diese Angebote und die Stär-  
550 kung der aufsuchenden Sozialarbeit. Wir wollen zukünftig  
551 verstärkt über die Angebote zur Unterstützung obdachlo-  
552 ser Menschen in Berlin informieren. Dies wollen wir zum  
553 Anlass nehmen, um in Zukunft Hitzehilfe und Kältehilfe  
554 stärker zusammenzudenken. Dabei soll explizit auch auf  
555 Anlaufstellen für obdachlose Frauen\* verwiesen werden  
556 und das Angebot für obdachlose Frauen\* weiter ausge-  
557 baut werden. Obdachlose Frauen\* brauchen Orte, an de-  
558 nen sie vor Übergriffen geschützt sind. Teilhabe bedeutet  
559 auch, dass menstruierende Menschen mit geringem Ein-  
560 kommen perspektivisch kostenlosen Zugang zu Perioden-  
561 produkten erhalten sollen.

562

563 Wenn das Geld knapp wird, müssen viele bei Ausgaben  
564 für Kultur oder Sport sparen. Auch in Zeiten stark stei-  
565 gender Preise wollen wir Teilhabe gewährleisten. Deshalb  
566 fordern wir vergünstigte oder kostenfreie Sondertickets  
567 in staatlichen Kultur- und Sportbetrieben für Kinder und  
568 Jugendliche, Auszubildende, Studierende, Rentner\*innen,  
569 Wohngeld-, Grundsicherungs- oder Arbeitslosengeld-II-  
570 Empfänger\*innen. Mit dem vom Senat initiierten „Netz-  
571 werk der Wärme“ werden bestehende Begegnungsorte  
572 gestärkt und bekannter gemacht. Wir werden in Berlin  
573 sicherstellen, dass staatliche und gemeinnützige Sport-,  
574 Kultur- und Freizeiteinrichtungen ihre Arbeit weiter leis-  
575 ten können. Die Energiesparmaßnahmen in öffentlichen  
576 Einrichtungen dürfen nicht dazu führen, dass in Privat-  
577 haushalten mehr Energie verbraucht werden muss. Staat-  
578 lich finanzierte Institutionen wie Universitäten, Bibliothe-

579 ken und Freizeiteinrichtungen müssen daher weiterhin zu  
580 den regulären Öffnungszeiten und mit der kompletten  
581 vorhandenen technischen Ausstattung als warme Aufent-  
582 haltsorte zur Verfügung stehen.

583

584 Die Krise führt dazu, dass viele Berliner\*innen vor neu-  
585 en Fragen stehen. Mehr Menschen sind von Armut, Ener-  
586 giearmut und Verschuldung bedroht. Menschen, die bis-  
587 her noch nie Transferzahlungen benötigt haben, sind auf  
588 staatliche Unterstützung angewiesen. Wir begrüßen, dass  
589 der Senat zusätzliche Beratungsangebote vorsieht. Wich-  
590 tig sind dabei auch mehrsprachige und zielgruppenge-  
591 naue Informationen, auch um Ängste vor der Inanspruch-  
592 nahme von Hilfsleistungen abzubauen.

593

#### 594 **d) Wirtschaft und Arbeit**

595 Die Krise führt dazu, dass Unternehmen unverschuldet  
596 in Schwierigkeiten geraten und sogar von Insolvenz be-  
597 droht sind. Wir unterstützen den wirtschaftlichen Ab-  
598 wehrschirm des Bundes, um Arbeitsplätze zu sichern und  
599 die Produktion fortführen zu können sowie die bisherigen  
600 Unterstützungen zu erhalten. Dazu gehört u.a. eine tem-  
601 poräre Aussetzung der Insolvenzantragspflicht und Mög-  
602 lichkeiten zur Steuerstundung, wie bereits während der  
603 Corona-Pandemie. Es ist richtig, dass der Staat dann hilft  
604 und Arbeitsplätze sichert, insbesondere bei systemrele-  
605 vanten Unternehmen. Dabei darf es aber nicht passie-  
606 ren, dass die Verluste sozialisiert und die Gewinne pri-  
607 vatisiert werden. Um Unternehmen zügig Liquidität zu  
608 verschaffen, soll der Zugang zu den bestehenden Liquidi-  
609 tätsprogrammen kurzfristig für weitere Branchen geöff-  
610 net werden. Ein **eigenes Berliner Darlehensprogramm** mit  
611 Liquiditätshilfen durch die IBB, das auf Bundeshilfen auf-  
612 setzt, war bereits während der Corona-Pandemie erfolg-  
613 reich und muss jetzt wieder schnell umgesetzt werden.  
614 Für energieintensive Branchen sollte im Bund die Einfüh-  
615 rung von Produktionsprämien geprüft werden, um bei-  
616 spielsweise Lieferketten zu stabilisieren und Kaskadenef-  
617 fekte zu verhindern. Für Investitionen in Energieeffizienz  
618 und zur Dekarbonisierung sollen Sonderabschreibungs-  
619 möglichkeiten geschaffen werden. Ein Gaspreisdeckel des  
620 Bundes sollte auch und gerade für kleine und mittlere Un-  
621 ternehmen gelten.

622

623 Gute Arbeit ist unsere Leitlinie. Dafür brauchen wir star-  
624 ke Unternehmen in Berlin. In der Corona-Pandemie haben  
625 wir in Berlin erfolgreich Arbeitsplätze erhalten und unsere  
626 wirtschaftliche Struktur gesichert. Mit dem Neustartpro-  
627 gramm für Wirtschaft und Kultur haben wir dafür gesorgt,  
628 dass die Unternehmen nach der Pandemie wieder durch-  
629 starten konnten und können. Nun gilt es, die Unterneh-  
630 men auch in der aktuellen Energiekrise zu unterstützen.  
631 Wir lassen notleidende Unternehmen nicht allein, auch

632 und gerade Soloselbstständige, kleine und mittlere Un-  
633 ternehmen wollen wir bei der Bewältigung der steigen-  
634 den Energiekosten unterstützen. Mit einer Berliner **Ener-**  
635 **giekostensoforthilfe** für Unternehmen wollen wir die ge-  
636 stiegenen Kosten abfedern – Bundesprogramme haben  
637 dabei allerdings Vorrang, eine Doppelförderung muss ver-  
638 mieden werden. Wir erneuern unseren Beschluss nach  
639 Einführung einer Gewerbemietpreisbremse, damit vor al-  
640 lem kleinere Gewerbebetriebe angesichts der steigenden  
641 Energiekosten bei den Mieten entlastet werden. Ihre La-  
642 ge wird noch dadurch verschärft, dass sie kaum Kündi-  
643 gungsschutz genießen. Wir fordern den Senat auf, sich  
644 im Bund dafür einzusetzen, eine Gewerbemietpreisbrem-  
645 se und einen verbesserten Kündigungsschutz für Gewer-  
646 be zu erreichen. Zugleich müssen diese Wirtschaftsförder-  
647 programme so konzipiert werden, dass auch Unterneh-  
648 men der Kultur- und Kreativwirtschaft sie in Anspruch  
649 nehmen können.

650

651 Arbeitnehmer\*innen müssen ein Anrecht zur Arbeit vor  
652 Ort im Unternehmen bzw. Betrieb erhalten, um einen  
653 durch Teleheimarbeit bedingten erhöhten Energiever-  
654 brauch im Privathaushalt vermeiden zu können.

655

656 Es werden dringend mehr Fachkräfte auch in Klimaschutz-  
657 berufen benötigt. Die Energiekrise und -wende ist damit  
658 auch eine Chance für eine bessere Ausbildung, gute Ar-  
659 beit und gut für den mittelständischen Handwerk. Wir  
660 wollen gerade diejenigen als Fachkräfte gewinnen und  
661 fördern, bei denen sonst Schulabgänge ohne Abschluss,  
662 Nicht- bzw. Geringqualifikation und -verdienst drohen.

663

#### 664 e) **Mieten und Wohnen**

665 Die steigenden Energiekosten und damit teils massiv er-  
666 höhten Betriebskosten stellen viele Mieterinnen und Mie-  
667 ter vor große finanzielle Probleme. Niemandem darf die  
668 Wohnung gekündigt werden, weil er oder sie von den Be-  
669 triebskosten überfordert ist. Wir fordern vom Bund, dass  
670 Wohnungskündigungen aufgrund von Mietrückständen  
671 wegen erhöhter Mieten und Betriebskosten mit einem  
672 **Kündigungsmoratorium** vorübergehend gesetzlich aus-  
673 geschlossen werden. Wir setzen uns dafür ein, dass Sper-  
674 rungen von Wasser, Strom, Gas oder Fernwärme aufgrund  
675 von Zahlungsrückständen in diesem Winter ausgeschlos-  
676 sen werden. Mit dem **Härtefallfonds** bieten wir in Berlin  
677 bei akuten Notfällen und unerwarteten Belastungen Hil-  
678 fe. Er ist ein Energieschuldenfonds und dient als letzte  
679 Maßnahme zur Verhinderung von Energiesperren.

680

681 Wir wollen den Wohnungstausch verbindlich fördern.  
682 Ältere Menschen sollen mit ihrem Mietvertrag in klei-  
683 nere Wohnungen wechseln können. Dabei unterstüt-  
684 zen wir die öffentlichen Wohnungsbaugesellschaften und

685 fordern Genossenschaften wie private Wohnungsgesell-  
686 schaften dazu auf, ebenfalls den Wohnungstausch zu för-  
687 dern.

688

689 Wir werden bei den landeseigenen Wohnungsbaugesell-  
690 schaften ein **Kündigungsmoratorium** umsetzen und for-  
691 dern die genossenschaftlichen und privaten Vermieter\*in-  
692 nen auf, ebenfalls auf Kündigungen zu verzichten, falls die  
693 Betriebskosten nicht bezahlt werden können. Gleichzeitig  
694 muss es aber auch zeitnahe Unterstützung für Vermie-  
695 ter\*innen geben. Gerade kleinere und mittlere Vermie-  
696 ter\*innen brauchen die Mieteinnahmen, z.B. als ihre Al-  
697 tersversorgung oder um Kredite abzubezahlen.

698

699 Bereits jetzt gilt in Berlin ein besonderer Kündi-  
700 gungsschutz von 10 Jahren nach der Umwandlung  
701 einer Mietwohnung in eine Eigentumswohnung. Die  
702 Kündigungsschutzklausel-Verordnung des Senats (die  
703 am 1.10.2013 in Kraft getreten ist und im September  
704 2023 abläuft) wird erneut bekräftigt. Wir setzen uns  
705 im Bund dafür ein, den bisher bundesweit geltenden  
706 Kündigungsschutz von drei Jahren nach der Umwandlung  
707 einer Miet- in eine Eigentumswohnung auf eine längere  
708 Frist auszudehnen.

709

710 Wir setzen uns im Bund dafür ein, Indexmieten von Ener-  
711 giepreissteigerungen zu entkoppeln, zum Beispiel durch  
712 eine Kappungsgrenze oder durch die Bindung an den Net-  
713 tokaltmietenindex.

714

715 Wir begrüßen die Zahlung eines weiteren Heizkostenzu-  
716 schusses und die Ausweitung des Wohngeldberechtigten-  
717 kreises. Allerdings stellt die zügige Bearbeitung die Ber-  
718 liner Wohngeldstellen vor große Herausforderungen. Zu  
719 prüfen ist, ob eine Auszahlung nach erleichterter Vorprü-  
720 fung möglich ist.

721

722 Mit der überarbeiteten Wohnraumförderung sorgen wir  
723 mit jeweils 750 Mio. Euro in den Jahren 2022/23 dafür,  
724 dass wieder mehr geförderte Wohnungen in Berlin gebaut  
725 werden.

726

727 Der Mangel an günstigem Wohnraum ist für **Auszubil-**  
728 **dende** besonders relevant: Beispielsweise durch fehlen-  
729 de Azubi-Wohnheime sind die Mietkosten ohnehin hoch  
730 und machen einen Großteil der Ausbildungsvergütung  
731 aus. Mit den Mehrkosten dürfen Auszubildende jetzt  
732 nicht allein gelassen werden. Daher fordern wir eine Er-  
733 höhung der Mindestausbildungsvergütung um mindes-  
734 tens 130 Euro, die Einführung eines Förderprogrammes  
735 für Auszubildendenwohnen sowie studentisches Wohnen  
736 und die Erhöhung der Berufsausbildungsbeihilfe. Dabei  
737 sollen auch Auszubildende einen Anspruch auf Berufs-

738 ausbildungsbeihilfe erhalten, die Angehörige eines Staa-  
739 tes außerhalb der EU sind oder sich in der Zweit- oder  
740 Drittausbildung befinden. Darüber hinaus fordern wir,  
741 dass die Miete in geförderten Azubi-Appartements und -  
742 Wohnheimen maximal 25 Prozent der durchschnittlichen  
743 Ausbildungsvergütung betragen soll. Auch für das studen-  
744 tische Wohnen müssen wir kostengünstigere Alternati-  
745 ven schaffen und mehr in Wohnheime investieren.

746

#### 747 **5. Gemeinsam packen wir das!**

748 Die Energiekrise betrifft alle gesellschaftlichen Lebensbe-  
749 reiche. Deshalb ist es jetzt wichtig, die Gesellschaft zu-  
750 sammenzuhalten. Wir tragen dafür Sorge, dass die Krise  
751 solidarisch gemeistert wird. Denn gesellschaftlicher Zu-  
752 sammenhalt und soziale Gerechtigkeit sind die DNA un-  
753 serer politischen Arbeit. Deshalb ist es jetzt die Aufgabe  
754 der Sozialdemokratie, durch soziale Maßnahmen die wirt-  
755 schaftlichen Härten der Krise abzufedern. Unsere Antwort  
756 auf die Krise sind umfassende Entlastungsmaßnahmen  
757 und der Einsatz für Energieversorgungssicherheit. Zudem  
758 unterstützen wir eine wirksame Verbrauchsreduktion in  
759 allen Sektoren und Preisregulierungen. Dafür machen wir  
760 uns aus Berlin auch im Bund weiter stark. Erst zum Ende  
761 der Heizperiode werden wir sehen, wie gut wir bundes-  
762 weit und hier in Berlin diese Aufgabe gemeistert haben.

763

764 Wir stehen zusammen und lassen niemanden allein. Wir  
765 sind zuversichtlich: Gemeinsam packen wir das und bil-  
766 den mit Solidarität und Entlastungen einen wirksamen  
767 Gegenpol gegen all jene Kräfte, die die Krise politisch in-  
768 strumentalisieren und die Spaltung der Gesellschaft vor-  
769 antreiben wollen. Den Feinden unserer Demokratie set-  
770 zen wir die Offenheit und Zuversicht der Bundeshaupt-  
771 stadt als Stadt der Freiheit entgegen. Berlin hat in Krisen  
772 immer einen besonderen Zusammenhalt bewiesen. Die-  
773 se Zeiten wurden auch von Regierenden Bürgermeistern  
774 der SPD geprägt. Darauf sind wir stolz und es treibt uns in  
775 unserer politischen Arbeit auch künftig an, um das Beste  
776 für alle Berliner\*innen zu erreichen und sie gut und sicher  
777 durch die Krise zu bringen.

778

779 Dafür stehen wir mit den sozialdemokratisch geführten  
780 Bezirken, dem Abgeordnetenhaus, dem Senat und unse-  
781 rer Regierenden Bürgermeisterin Franziska Giffey. Berlin  
782 packt das. Wir sind die Berlin-Partei.